

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.03.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried

Fritschi, Erika

Hertenstein, Klaus

Höfler, Armin

Isele, Anja

Kamenzin, Peter

Keller, Bernd

Leiber, Klaus

Maier, Bernhard

Nilson, Lars

Scheller, Urs

Schoch, Martin

Steiner, Gerhard

Veit, Emil

Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Pecher, Axel

Verwaltung

Bezikofer, Heike

Distler, Matthias

Muscheler, Katja

Sonstige

Mayer, Reinhold

Sartena, Peter

Abwesend:

Mitglieder

Gebauer, Stefan

entschuldigt

Moser, Andrea

entschuldigt

Schmidbauer, Jörg

entschuldigt

Zuhörer: 7

Pressevertreter: 3

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden Stadtrat Armin Höfler und Stadträtin Anja Isele nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 19.02.2019 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat hat die Rechnungsprüfer der Jagdgenossenschaften Engen und Biesendorf bestimmt.
2. Der Gemeinderat ist mit der Zustimmung zur Feststellung des Wirtschaftsplans 2019 für den Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH in der Gesellschafterversammlung der Fördergesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH einverstanden. Der Gemeinderat ermächtigt die Vertreter der Stadt Engen in der Gesellschafterversammlung der Fördergesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH entsprechend abzustimmen.
3. Der Gemeinderat trifft eine Personalentscheidung.

3 Beschlussfassung über den Breitbandausbau in Engen Vorlage: 042-19

Bürgermeister Moser erläutert die aktuelle Situation und verweist auf die seit gestern laufende Versteigerung der 5G-Lizenzen, wodurch sich gegebenenfalls auch eine Verbesserung ergebe.

Im Anschluss stellt Ordnungsamtsleiter Pecher die Vorlage Nr. 042-19 vor. Er sieht mittelfristig durch das Thema 5G keine Verbesserung, da dies vorrangig in Ballungsgebieten ausgebaut werde. Auf Nachfrage von Stadtrat Klaus Leiber berichtet Ordnungsamtsleiter Pecher, dass die Trassenführung noch nicht ganz klar sei. Es gebe jedoch die Strukturplanung aus dem vergangenen Jahr, die zumindest grundsätzlich festlegt, wie die Trassen laufen. Alles Weitere wird sich in der weiteren Planung zeigen.

Ortsvorsteher Reinhold Mayer freut sich, dass Biesendorf nun ausgebaut werde. Auf die Frage nach der Zeitschiene erwidert Ordnungsamtsleiter Pecher, dass vorgesehen sei, nun zeitnah das Markterkundungsverfahren und Interessensbekundungsverfahren durchzuführen. Im Anschluss sollen die Anträge gestellt werden. Er gehe davon aus, dass voraussichtlich im Herbst die Förderbescheide eingehen, danach werden die Bauleistungen ausgeschrieben. Allerdings sei es aufgrund der momentanen Baukonjunktur voraussichtlich schwierig, Unternehmen zu finden, die zeitnah den Ausbau durchführen können.

Stadtrat Gerhard Steiner erklärt, dass seine Fraktion den Ausbau voll und ganz unterstütze. Auch er halte, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, das Betreibermodell für sinnvoll. Erfreulich sei der hohe Zuschuss, sodass die eigenen Investitionen sich im Rahmen halten.

Auch Stadtrat Jürgen Waldschütz unterstützt das Vorhaben. Er betont, dass das Gremium der Verwaltung hier einen großen Vertrauensvorschuss und freie Hand gebe.

Auf seine Frage, wie die Wirtschaftlichkeitsabwägung zwischen dem Betreibermodell und dem Deckungslückenmodell berechnet werde, erklärt Ordnungsamtsleiter Pecher, hier gebe es Erfahrungswerte. Zudem müsse der jeweils interessierte Anbieter seine Kalkulation offen legen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig den

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Breitbandausbau in den unversorgten Bereichen von Engen vorzunehmen und beauftragt und ermächtigt die Verwaltung, die dafür notwendigen Maßnahmen umzusetzen.

**4 Beschlussfassung über die Vergabe der Hochwasserschutzmaßnahmen in Engen-Neuhausen
Vorlage: 045-19**

Bürgermeister Moser geht auf die Vorlage Nr. 045-19 ein.

Letztendlich seien die Kosten für die Maßnahme fast doppelt so hoch wie geplant. Bauverwaltungsleiterin Bezikofer stellt daraufhin die Vorlage nochmals im Einzelnen vor. Auch sie drückt ihre Enttäuschung über die stark gestiegenen Kosten aus. Diese seien zwar teilweise durch zusätzliche Maßnahmen verursacht, im Wesentlichen aber seien die Baupreise extrem gestiegen, sodass die Maßnahme etwa 1 Mio. Euro mehr kostet.

Eine Aufhebung der Ausschreibung sei keine Alternative, da bei einer erneuten Ausschreibung keine günstigeren Ergebnisse zu erwarten seien. Zudem würde sich der Baubeginn wieder um ein Jahr verschieben, da im Winter aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht gebaut werden dürfe. Auch eine Ausschreibung getrennt nach Losen würde keine günstigeren Preise ergeben.

Das Regierungspräsidium habe signalisiert, dass mit großer Wahrscheinlichkeit die Mehrkosten anteilig gefördert werden. Die Firma Behringer Tiefbau GmbH & Co KG sei erfahren und sachkundig, es sei davon auszugehen, dass die veranschlagten Bauzeiten eingehalten werden.

Bürgermeister Moser betont, dass die Arbeiten nun zeitnah vergeben werden sollten, bevor das nächste Hochwasser kommt. Es sei nicht davon auszugehen, dass in den nächsten ein bis zwei Jahren die Preise im Baugewerbe sinken.

Stadtrat Lars Nilson fragt, ob die Firma Behringer die Brücken termingerecht erstellen könne. Bauverwaltungsleiterin Bezikofer erwidert, dass sie dies zugesagt habe und die Arbeiten aller spätestens bis zum 01.05. beginnen müssten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, der Firma Behringer, Hüfingen, den Auftrag zur Angebotssumme von 2.305.718,30 € zu erteilen.
2. Die zu erwartenden Mehrauszahlungen in der Höhe von 990.000 Euro werden über die Produktsachkonten
 - Mehreinzahlungen aus dem Aufkommen der Gewerbesteuer 61.10.0000 / 6013.0000 (480.000 Euro),
 - Minderauszahlungen bei der Kreisumlage 61.10.0000 / 7372.0000 (30.000 Euro) sowie
 - Mehreinzahlungen aus Investitionszuweisungen des Landes 55.20.0100 / 6811.0000 / MN 500 (480.000 Euro)gedeckt.
3. Beim Produkt 61.10.0000 werden die korrespondierenden Produktsachkonten in der Ergebnisrechnung mit dem jeweiligen Betrag gesperrt.

**5 Beratung und Beschluss zur Erweiterung des Abbaugebiets Benzenbühl-Breite auf die Flst Nr. 1388, 1390 und 1401/1 der Gemarkung Anselfingen
Vorlage: 051-19**

Stadtrat Armin Höfler und Stadtrat Emil Veit nehmen aufgrund von Befangenheit im Besucherbereich Platz.

Bürgermeister Moser geht auf die Vorlage Nr.051-19 im Grundsatz ein und informiert, dass eine Entscheidung zeitnah getroffen werden müsse, da ansonsten die Frist ablaufe.

Stadtbaumeister Distler trägt den Sachverhalt detailliert vor. Er informiert, dass alle Gutachten gezeigt haben, dass bei der Erweiterung des Kiesabbaus alle gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Die Abbauflächen seien im Regionalplan erfasst, die Rechtslage spreche somit für Herrn Kohler. Als Ergebnis aus den Gesprächen mit Herrn Kohler sowie den Hinweisen aus der Bürgerversammlung am 14. März werden jedoch zusätzliche Regelungen gefordert. So solle festgelegt werden, dass der Abbau zuerst in Fläche 5, welche am nächsten zur Bebauung steht, erfolge und diese dann wieder verfüllt werde. Zudem solle kein Liefer- und Abholverkehr über die Unterdorfstraße und dem Weg ins Hasenbühl erfolgen. Diese Verkehre sollen einzig über die bestehende Zufahrt neben dem Bahnhöfle erfolgen. Die Stellungnahme der Anwohner soll in der nächsten Sitzung beraten und dann an das Landratsamt nachgereicht werden. Eine Fristverlängerung zur Stellungnahme der Stadt Engen sei nicht mehr möglich, da die Frist bereits einmal verlängert wurde. Am 04. April sei Fristablauf, die Stellungnahme müsse bis dahin beim Landratsamt eingehen.

Bürgermeister Moser informiert, dass als weiterer Punkt auch festgelegt werde, dass der Wegebau und die Pflege der Wege richtliniengerecht durchgeführt werden.

Stadtrat Siegfried Ellensohn schlägt vor, den geplanten Lärmschutzwall zu bepflanzen. Hierzu solle geprüft werden, ob dort eine Kurzumtriebsplantage gepflanzt werden solle, da diese schnell und hoch wächst. Geeignet seien zum Beispiel Weiden oder Pappeln.

Stadtrat Urs Scheller blickt auf die vergangene Bürgerversammlung zurück. Die Emotionen seien hier hochgekocht, was aus Sicht der Anwohner verständlich sei. Er betont aber, dass er in der heutigen Sitzung dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Es sei unsinnig, sich dagegen

auszusprechen, wenn Herr Kohler einen Rechtsanspruch habe und das Einvernehmen der Stadt Engen dann durch das Landratsamt sowieso ersetzt werden würde. Es sei zielführender, nach dem Motto „Ja, aber“ zuzustimmen und ergänzende Bedingungen festzulegen.

Bürgermeister Moser informiert, dass das Landratsamt das Vorhaben als genehmigungsfähig ansehe. Wichtig sei aber, dass auch Herr Kohler der Bevölkerung entgegen komme und fair sei. Durch die Formulierung zusätzlicher Bedingungen sollten daher die Belästigungen der Bevölkerung möglichst stark begrenzt werden.

Stadtrat Klaus Leiber fragt nach, ob die Erweiterungsflächen bereits dem Antragsteller gehören, welcher Gebietstyp die umgehende Bebauung habe und ob es im Land Regelungen für den Lärm von Abbaugebieten gebe. Stadtbaumeister Distler erwidert, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, ob die Grundstücke bereits verkauft sind. Die Umgebungsbebauung entspreche im Bereich Belebern einem allgemeinen bzw. reinen Wohngebiet. Im übrigen Ortsbereich handle es sich um Dorfgebiet bzw. Mischbaufläche. Die Gutachter gehen jedoch bei der Untersuchung der Auswirkungen von einem reinem Wohngebiet aus.

Stadtrat Gerhard Steiner unterstreicht, dass eine ablehnende Stellungnahme nicht der richtige Weg sei. Herr Kohler habe einen Rechtsanspruch für die Erteilung der Genehmigung. Auch er sieht es für sinnvoller an, durch die Formulierung von Auflagen Verbesserungen zu erreichen.

Stadtrat Martin Schoch zeigt Verständnis für die Anwohner. Er wisse aus eigenen Erfahrungen mit dem Dornsberg, wie störend auch einzelne Lärmereignisse seien, wie sie beispielsweise durch das Piepsen der Fahrzeuge entstehen. Er ist auch der Ansicht, dass die Versprechen des Betreibers glaubwürdig seien.

Stadtrat Bernhard Maier geht ebenfalls auf den Piepston ein und erklärt, er habe sich erkundigt, wonach es technisch Alternativen gebe, die weniger störend seien.

Stadtrat Jürgen Waldschütz berichtet von einem gestrigen Gespräch mit Herrn Kohler, aus dem er mitgenommen habe, dass Herr Kohler die gewünschten Verbesserungen erfüllen werde. Zur Frage der Betriebszeiten habe er jedoch erklärt, dass er bei der Fertigung von Beton öfters bereits um 6:00 Uhr beginnen müsse, da er diesen bereits frühzeitig an Baustellen anliefern müsse. Ihm sei jedoch ein gutes Verhältnis zum Gemeinderat und den Bürgern sehr wichtig. Die Bürgerversammlung sei eine gute Entscheidung gewesen. Die Anselfinger Bürger haben die Chance genutzt, es ging in der Bürgerversammlung jedoch teilweise nicht fair zu. Auch Stadtrat Jürgen Waldschütz ist der Meinung, man solle aufgrund des Rechtsanspruchs dem Antrag mit den miteinander ausgehandelten Bedingungen zustimmen.

Der Abbau verursache unzweifelhaft eine gewisse Belästigung, diese sei jedoch absehbar, danach werde es wieder ruhiger.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative meldet sich zu Wort und betont, dass die Bevölkerung nicht grundsätzlich gegen den Abbau sei. Es sei jedoch sehr wichtig, dass durch zusätzliche Bestimmungen die Belästigungen in Grenzen gehalten werden. Die Bürgerinitiative sei hierzu ebenfalls im Gespräch mit Herrn Kohler. Zur Begrünung des Walls würde sie sich wünschen, dass eine Dauerbegrünung erfolgt, um auch im Winter wirkungsvoll zu sein. Zudem wünscht sie sich die Gründung eines runden Tisches im Einvernehmen mit Herrn Kohler mit dem Ziel, zu überprüfen, ob die Auflagen eingehalten werden und damit die Bürgerinitiative im Gespräch mit Herrn Kohler bleibe. Dafür erhofft sie sich die Unterstützung des Gemeinderates. Bürgermeister Moser sagt diese zu. Der runde Tisch solle je nach Bedarf quartalsweise oder halbjährig stattfinden.

Zur Bürgerversammlung betont Bürgermeister Moser, dass die Kiesgrube in den Jahren zuvor kein großes Thema gewesen sei. Daher sei die Versammlung wichtig und richtig gewesen. Die-

se habe dazu geführt, dass nun zusätzliche Randbedingungen in die Stellungnahme der Stadt Engen aufgenommen werden.

Stadtrat Jürgen Waldschütz fragt, ob LKW-Transporte durch den Ort verboten werden können. Hierzu erwidert Bürgermeister Moser, dass dies für den eigentlichen Abbauverkehr gelten sollte, aber Lieferfahrten zu Baustellen natürlich möglich sein müssen. Dies sei aber so beantragt und auch unter Punkt 2 im Beschlussvorschlag geregelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat mit einer Enthaltung (Martin Schoch) folgenden

Beschluss:

Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Erweiterung des Abbaubereichs Benzenbühl-Breite auf die Flst-Nrn 1388, 1390 und 1401/1 der Gemarkung Anselfingen. Im Interesse der Anwohner sollen jedoch die folgenden Punkte als Randbedingungen in die Genehmigung aufgenommen werden:

1. Um die Kiesabbauflächen sind Wege anzulegen, die eine Umleitung und Anbindung ans bestehende Wegenetz darstellen. Es muss sichergestellt werden, dass durch die Wege alle angrenzenden Grundstücke erschlossen sind und eine Verbindung in Richtung Welschingen besteht. Die Wege sind herzustellen nach der „Richtlinie für den ländlichen Wegebau“ (RLW)
2. Der asphaltierte Weg von Anselfingen in Richtung „Bahnhöfle“ die entlang Flur 1350/1, 1388, 1418/7 und 1418/8 und die Zufahrt zum Kieswerk Flur 1209 sind permanent zu reinigen – sofern diese vom Kieswerk benutzt und verunreinigt werden.
3. Die Abbaufäche wird entsprechend der Empfehlung des LRA Konstanz um die nördliche Teilfläche reduziert und die Flur Nr. 1350/1, 1350/2 und 1350/3 nicht abgebaut. Dadurch erhöht sich der Abstand zum Ort und reduziert die Belastung der Anwohner
4. Der Unternehmer verpflichtet sich zur Errichtung eines ausreichend hohen und breiten Lärmschutzwalls. Dieser wird zum Ort in Richtung Norden und Osten um 1m erhöht errichtet als bislang geplant. Außerdem wird der Wall als Schutz vor Lärm und Staub weiter nach Westen bis in den Bereich Flur 1390 und nach Süden in den Bereich Flur 1418/7 und 1418/8 verlängert. Der Wall muss mit schnellwachsenden Gehölzen bepflanzt werden, die später im Sinne einer KUP (Kurzumtriebsplantage) wieder abgeholzt werden können und die gesamte Fläche der Landwirtschaft zurückgegeben werden kann.
5. Die beantragten und zu genehmigenden Betriebszeiten und die Ruhezeiten nach der TA Lärm (22.00-6.00Uhr) werden zwingend eingehalten. Es wäre anzustreben im Interesse der Anwohner von Anselfingen, die Betriebszeiten für den Abbau und die Wiederverfüllung auf ein Zeitfenster von 7 – 18 Uhr zu verlegen. Nur im Einzelfall und nach Information der Angrenzer soll hiervon abgewichen werden.
6. Der Piepston beim Rückwärtsfahren der Maschinen und LKW's : Der Unternehmer unternimmt alle Anstrengungen, sowohl mit der Berufsgenossenschaft als auch mit den Herstellern, dieses Geräusch zu minimieren und bestenfalls es entbehrlich zu machen
7. Die Reihenfolge der Abbauflächen wird entsprechend des Antrags eingehalten und die der Bebauung am nächsten liegende Fläche zuerst und beschleunigt abgebaut und im Anschluss auch umgehend verfüllt. Hiermit soll die Belastung der Anwohner reduziert werden
8. Es erfolgt keine Zuwegung zu den Kiesabbauflächen von Anselfingen und der Unterdorfstraße aus. Der Abbauverkehr erfolgt nur über das bestehende Kieswerk und die Zufahrt vom Bahnhöfle Neuhausen.
9. Mit den Anwohnern, der Stadt und dem Kieswerk soll regelmäßig ein Austausch (pro Quartal) an einem runden Tisch über die laufenden Abbauarbeiten und die Belastungen und Probleme in Anselfingen erfolgen.

10. Sofern aus der Nachbaranhörung weitere wesentliche Punkte vorgebracht werden, sollen diese dem Gemeinderat in der kommenden Sitzung am 9.04.2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt und anschließend die Stellungnahme der Stadt in Richtung LRA ergänzt werden

6 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger fragt, ob der Zeitplan für die Hochwasserschutzmaßnahme in Neuhausen realistisch sei. Stadtbaumeister Distler erwidert, dass Brücken heute meist als Fertigbrücken ausgeführt werden und daher schnell realisiert werden können.

Auch die weiteren Ausführungszeiträume seien realistisch, sofern die Baufirma mit genügend Personal am Bauen sei. Er sei zuversichtlich, da die Firma Behringer Tiefbau GmbH & Co KG hier gute Referenzen habe.

Im Anschluss übergibt die Bürgerinitiative ihre schriftlich festgehaltenen Einwendungen zu Top 5 an Bürgermeister Moser zur Weiterleitung an das Landratsamt.

7 Beschlussfassung über die Annahmen von Spenden Vorlage: 048-19

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Geld, Sachspende und Schenkung zu.

8 Dringende Vergaben

Heute liegen keine Dringenden Vergaben vor.

9 Mitteilungen

9.1 Bauantrag Biesendorferstraße 25

9.2 Bauantrag Feuerwehr Bittelbrunn

9.3 Mitteilung 8. Änderung FNP VVG Stockach

9.4 Mitteilung zum Bebauungsplan Längenberg Ost- 4. Teilbereich

9.5 Mitteilung zum Bebauungsplan Wehrisstraße Volkertshausen

9.6 Mitteilung zur Mobilfunkanlage Kniebreche

9.7 Mitteilung zu eingegangenen Bauanträgen

9.8 Mitteilung zur Einrichtung eines Gerätehauses Engen

9.9 Schreiben an politische Mandatsträger Gäubahn Stuttgart-Singen

10 Anregungen und Anfragen

Bürgermeister Moser verweist auf die Anträge der UWV. Diese werden fristgerecht für den Gemeinderat vorbereitet.

Stadtrat Gerhard Steiner geht auf die Anträge nochmals detailliert ein.

Zum beantragten Radweg zur L 191 informiert Bürgermeister Moser, dass der Gemeinderat diesen bereits 2007 beschlossen habe. Der Weg sei mehrfach geplant und umgeplant worden, die Grundstücksfrage sei aber lange problematisch gewesen. Jetzt sei die Tendenz eher positiv, es fehle nur noch ein Grundstück, welches erworben werden müsse. Neu sei der Antrag auf Beleuchtung des Weges. Hierüber werde der Gemeinderat beraten.

Zum zweiten Antrag hält es Bürgermeister Moser für sinnvoll, den Weg vom Hugenberg Richtung Anseltingen besser zu befestigen und dort eine Beleuchtung anzubringen.

Stadtrat Urs Scheller fragt zum Bauantrag für den Umbau des Feuerwehrhauses Bittelbrunn, ob dort Einigkeit mit dem Angrenzer herrsche. Dies bejaht Stadtbaumeister Distler.

Stadtrat Peter Kamenzin spricht die freie Grünfläche im Wohngebiet Briele an. Das Wohngebiet habe sich grundsätzlich gut entwickelt, aber die Grünfläche liege brach. Sie solle entweder hergerichtet oder gegebenenfalls bebaut werden. Auch fehle im Wohngebiet in Teilen noch der Feinbelag. Stadtbaumeister Distler informiert, dass die Grünfläche ursprünglich noch für eine weitere Reihenhausbebauung vorgesehen war.

Stadtrat Lars Nilson drückt seine Freude aus, dass die Wohnmobilstellplätze vorankommen. Es habe zwar etwas gedauert, nun solle jedoch noch kurzfristig die Beschilderung ergänzt werden. Bürgermeister Moser informiert darüber, dass die überörtliche Beschilderung über das Landratsamt erfolgen müsse und hierzu Gespräche laufen.

Stadtrat Urs Scheller berichtet über das Bauvorhaben der Firma Jägerbau im Glockenziel III. Die Firma habe seinerzeit versprochen, regionale Betriebe einzubinden, es seien jedoch überwiegend österreichische Betriebe zum Zuge gekommen. Die Versprechen der Firma Jägerbau wurden insofern nicht eingehalten. Bürgermeister Moser erwidert, man habe auf diese privatrechtliche Entscheidung keinen Einfluss. Auf Aussage von Stadtrat Urs Scheller seien fast alle Gewerke schon vergeben, auch für die Folgebauten. Das sei kein guter Stil der Baufirma. Stadt-

rat Jürgen Waldschütz drückt seine Hoffnung aus, dass wenigstens die damals kommunizierten Quadratmeterpreise der Wohnungen eingehalten werden können, nachdem sich nun herausstelle, dass manche Versprechungen des Bauträgers nicht gehalten werden. Hierzu erwidert Stadtrat Armin Höfler, dass er die Verkaufspreise gesehen habe und dies ungefähr so hinkomme.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Axel Pecher
Protokollführer

Armin Höfler
Stadtrat

Anja Isele
Stadträtin
